



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Correspondenzen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

ten der Südgrenze, von wo hauptsächlich die Sklavenherden herbeigetrieben wurden, wirklich beobachtet.

Man sieht, es ist ziemlich viel geschehen in den drei Jahren seit Said Pascha regiert. Die ungemessenen Lobsprüche aber, womit der Herr v. Lesseps in den unter seinem Einflusse stehenden Zeitungen den Vicekönig überschüttet, hat er nicht verdient. Er ist nur vergleichsweise ein guter Regent, aber nichts weniger als der Reformator, den Aegypten braucht, und es hätte, ohne daß man genöthigt gewesen wäre, sich zu überstürzen, weit mehr gebessert und umgeschaffen werden können. Noch sind, um nur ein recht grelles Beispiel anzuführen, die Schöpfmaschinen, mit welchen die Bauern während der Zeit, wo der Nil niedrig fließt, ihre Felder bewässern, so hoch besteuert, daß viele derselben von ihren Besitzern verlassen wurden, woraus das dazu gehörige Feld wüst liegen blieb. Die gesunde Vernunft hätte lehren können, daß diese Anstalten eher zu belohnen, als zu besteuern sind. Hier aber verlangt die Regierung von jeder einzelnen dieser Sakiehs jährlich die Summe von 200 Piaftern.

Aegypten bedarf, um sich rasch zu erholen, anderer Mittel, und es bedarf anderer Kräfte, als sie die Familie Mehemed Ali in sich begreift, und als sie überhaupt der Orient bietet. Said Pascha scheint nicht weiter reformiren zu wollen. Vielleicht hat er sich ausgegeben. Das Wichtigste, womit er sich in der letzten Zeit beschäftigte, war eine neue Uniformirung der Armee, auf die unnöthig große Summen verschwendet wurden. Wie die Zukunft sich gestalten wird, wissen wir nicht. Vielleicht, daß einst wirklich der Sultan nach Kairo auszieht, und daß in dem Geschlechte Mahmuds II. ein Reformator aufsteht. Vielleicht auch, daß Frankreich hier sein Ziel erreicht oder England das Civilisationswerk übernimmt. Der Körper des Landes ist gesund, es bedarf nur eines neuen Geistes, um es völlig von dem Bann zu erlösen, der es noch immer an voller Entwicklung hindert.

### Correspondenzen.

Sb. 21. September. Die rheinische Handelskammer hat in ihrem letzten Bericht einige sehnfüchtige Blicke auf eine bevorstehende Zolleinigung mit Oestreich geworfen, und da gleichzeitig auch die Ostseezeitung bei einer Besprechung der letzten Zollvereinsconferenz es als ihre Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß der Beitritt Oestreichs zum Zollverein allein die handelspolitische Erstarrung, in welche derselbe verfallen, heilen könne, so sind sofort diese Aeußerungen von der östreichische Interessen vertretenden Presse als ein sicheres Zeichen registrirt worden, daß ganz Norddeutschland nach dem Augenblick lechze, wo es sich der handelspoli-

tischen Suprematie Oestreichs unterwerfen kann, und der Jubel darüber ist nicht gering gewesen. Uns scheint es jedoch, als ob unsere Collegen am Lech und an der Donau ihr Siegeslied viel zu früh anstimmten. Daß die regsamen und tüchtigen Kaufleute und Industriellen des Rheinlands eine Erweiterung ihres Marktes durch den Wegfall der östreichischen Zollschranken willkommen heißen würden, finden wir ganz natürlich; jeder Geschäftsmann wünscht sein Geschäft so weit als möglich auszudehnen, und es ist zu verzeihen, wenn er dabei die politischen Rücksichten aus dem Auge verliert, die der Erfüllung seiner Wünsche in den Weg treten. Das Verschwinden der Zollschranken zwischen Frankreich und Deutschland würde der rheinischen Industrie einen viel größeren und wichtigeren Markt eröffnen, und ihr deshalb nicht minder wünschenswerth sein; es fällt aber gar niemandem ein, den Wunsch auszusprechen, da die Unmöglichkeit der Erfüllung desselben sogleich in die Augen springt. Die Einigung Deutschlands und Gesammtösterreichs zu einem Handelsstaat ist aber kaum minder unmöglich, und nur das staatsrechtliche Band, welches Oestreich an Deutschland kettet, läßt für Augenblicke den tiefen Zwiespalt zwischen den handelspolitischen Interessen des Zollvereins und des Kaiserstaats vergessen. Die Stellung, welche Preußen als führende Macht im Zollverein einnimmt, hat ihre natürlichen materiellen Grundlagen. Der Schwerpunkt der Industrie Mitteleuropas liegt in Norddeutschland, nicht in Süddeutschland und noch weniger in Oestreich, und Preußen ist nebst Sachsen der Hauptsitz derselben; ihre vornehmsten Märkte befinden sich im Norden und Nordosten von Europa, so wie jenseit des Weltmeeres in dem mächtig aufblühenden und viel consumirenden Amerika, nicht in dem verkommenen und verarmten Orient; und wie Norddeutschland der Hauptproducent und größte Exporteur in Mitteleuropa ist, so ist es auch der Hauptmarkt für ausländische Rohproducte und Industrieerzeugnisse zum eignen Consum und zu weiterer Versendung. Theils die geographische Lage und der Reichthum seines Bodens an Kohle und Eisen, theils der industrielle Fleiß und die kaufmännische Energie seiner Bewohner haben es dazu gemacht, und der natürliche Vertreter dieser hochwichtigen Interessen dem Auslande gegenüber ist Preußen, als der einzige Großstaat in dieser Gruppe. Weil es mehr amerikanische Producte und englische Erzeugnisse verzehrt als Oestreich, kann es naturgemäß seinen handelspolitischen Wünschen bei diesen beiden großen Handelsstaaten mehr Nachdruck geben als Oestreich, welches handelspolitisch zu verpflichten beide Staaten nur geringes Interesse haben. Die wichtigen Märkte Scandinaviens kann Oestreich noch weit weniger beeinflussen. Spielt es doch sogar auf dem Terrain, das es in der Presse immer als seine Domäne, als die Deutschland bei der Zolleinigung zuge dachte Morgengabe darstellt, im Orient, eine sehr dürftige Rolle, und wenn die deutsche Industrie auf östreichische Unterstützung hätte warten sollen, so hätten ihre Erzeugnisse in den Donaufürstenthümern und in der Türkei gewiß heute noch keinen Markt, den sie sich durch ihre eigne Thätigkeit erworben haben.

Weil aber Preußen nach der ganzen Beschaffenheit der industriellen, commerciellen und politischen Verhältnisse der natürliche Vertreter des Zollvereins ist, und deshalb immer die erste Rolle in demselben spielen muß, wenn er gedeihen soll, so könnte Oestreich nur als zweite Macht eintreten, und das wird es nicht wollen, und kann es nicht einmal. Bei ihm ist die Handelspolitik überhaupt nur Magd

der sogenannten großen Politik, und es würde gewiß als führendes Mitglied des Zollvereintn Mitteleuropas keinen Augenblick anstehn, wenn es damit irgend einen Zuwachs an politischem Einfluß im Auslande gewinnen könnte, einen Handelsvertrag abzuschließen, der die Interessen der Ostseehäfen, oder Bremens oder der rheinischen oder sächsischen Industrie auf das empfindlichste verlegt. Preußen kann so etwas nicht thun, ohne sich selbst sehr fühlbar materiell zu schaden, Oestreich würde nur einen Gewinn für sich mit einem Opfer aus fremdem Beutel bezahlen. Das ist von jeher die Politik Oestreichs gewesen, und das neue Oestreich unterscheidet sich von dem alten nur dadurch, daß es seine Sonderinteressen mit größerer Energie verfolgt und seine Selbstsucht mit schönen Phrasen zu verhüllen versteht.

Andererseits kann man vernünftigerweise nicht erwarten und im Interesse Deutschlands nicht wünschen, daß Preußen den ihm von der Natur der Verhältnisse angewiesenen Platz freiwillig Oestreich überläßt. Die nächste Folge der Zolleinigung wäre daher ein zwischen beiden Mächten sich entspinrender Kampf um die handelspolitische Hegemonie Deutschlands, und daß dabei nur negative Resultate herauskommen werden, liegt auf der Hand. Keine der beiden Mächte würde der andern eine Ausdehnung ihres Einflusses gönnen, und Bundesgenossen unter den übrigen Zollvereintn Staaten würde die verneinende Partei immer finden, da schon im jetzigen Umfang des Zollvereins die Verschiedenartigkeit der Interessen so groß ist, daß der eine Theil der Staaten von einer Unterlassungssünde noch keine Beschädigung gewahr wird, welche dem andern schon die Lebensluft abzuschneiden droht. Die landwirthschaftliche Industrie Norddeutschlands fühlt sehr empfindlich den Mangel an billigem Eisen, ebenso der Schiffsbau der Ostseehäfen und einige andere Industrien. Der Landbau in Süddeutschland hat sich in einer andern Richtung entwickelt, und empfindet das Bedürfniß noch nicht; die Schiffsbauindustrie fehlt natürlich ganz; dagegen kann die dortige nur dem Localbedürfniß dienende und unter den ungünstigsten Localverhältnissen leidende Eisenindustrie gar nicht ohne Schutz Zoll bestehen, und daher stimmen die Regierungen, in deren Ländern sie vorhanden ist, standhaft gegen jede Verminderung des Eisenzolls, obgleich die zu einer riesenhaften Entwicklung gediehene westfälische, rheinische und schlesische Eisenindustrie nicht einmal den innern Bedarf Deutschlands befriedigen kann. Man kann dies verneinende Botum den fraglichen Regierungen nicht verdenken. Sie schützen zunächst ihre eignen Unterthanen in ihrem Erwerb, und der Nachtheil, der damit verbunden ist, macht sich blos in andern, weit von ihnen entlegenen Staaten fühlbar. Wenn die nordamerikanische Regierung — wie dies schon der Fall gewesen ist — der deutschen Rhederei wesentliche Vergünstigungen gegen die Herabsetzung des Tabakzolls anbieten sollte, wie laut würden da die pfälzer Tabaksproducenten und alle, welche gegen jede Herabsetzung des Tabakzolls sind, weil damit die Annäherung an das Monopolssystem Oestreichs unmöglich würde, Zeter schreien! So verschieden sind jetzt schon die Interessen im Zollverein, und so schwer ist es, seine Theilnehmer zu einem gemeinsamen Beschluß zu bringen. Würde es anders werden, wenn Oestreich, das für uns im Grunde doch politisch und commercieell Ausland ist, dazuträte? Die Geschichte der letzten Jahre des Zollvereins sollte, meinen wir, jede derartige Illusion zu nichte machen. Wenn der Zollverein still steht, so liegt dies doch gewiß nicht daran, daß Oestreich noch nicht, sondern daß Oestreich schon

viel zu viel darin ist, oder wäre es bloßer Zufall, daß stets die Staaten der bamberger Coalition, die sonst immer auf Oestreichs Seite stehen, gegen die von Preußen beantragten Tarifierabsetzungen sind, und daß sie es waren, die am lautesten gegen die Zulassung Hannovers und Oldenburgs eiferten? Glaubt man, daß Oestreich im Zollverein etwas Anderes thun wird, als was seine Bundesgenossen thun, so lange es draußen ist? Im Gegentheil werden alle die halbverkommenen Industrien, die bloß durch Hilfe hoher Schutzzölle sich bei einem stehenden Leben erhalten, bei ihm einen warmen Fürsprecher finden.

Denn erstens hat es selbst deren eine ziemliche Menge, und kann nicht stiefväterlich an ihnen handeln; zweitens hat es gar kein Interesse daran, daß sich die norddeutsche Industrie durch Lockerung der hemmenden Banden des Schutzzolls zu einem immer gesünder und frischeren Leben entwickelt, da sie, günstiger am Weltmarkte gelegen und schon besser gewohnt, mit der englischen und französischen um den Preis zu ringen, als die östreichische, schon jetzt eine gefährliche Concurrentin für die letztere ist, und Oestreich natürlich nicht die Industrie der jetzigen Zollvereinsstaaten zum Nachtheil seiner eignen fördern wird. Was nun vollends die Schiffahrts- und Rhedereiinteressen betrifft, so ist Oestreich ein natürlicher Gegner eines engeren Heranziehens der Hansestädte an den Zollverein, das für diesen grade eine Lebensfrage ist. Ihm ist nicht das Mindeste an der materiellen Blüte Hamburgs oder Bremens gelegen, die, an Capital, commerzieller Erfahrung, Umfang und Vielartigkeit der Handelsverbindungen Triest unendlich überlegen, schon jetzt mit jedem Jahre tiefer in das Absatzgebiet des letztern eingreifen, und es selbst von östreichischen Märkten verdrängen. Da nun der Egoismus Oestreichs, die Interessen Triests den Interessen Hamburgs und Bremens vorzuziehen, vollkommen berechtigt ist, so können die Hansestädte in Norddeutschland auch weder erwarten noch verlangen, daß es eine nähere Verbindung dieser beiden wichtigen Handelsplätze mit dem Zollverein befürworte. Im Gegentheil wird es alles Mögliche thun, sie zu verhindern. Diese Beeinträchtigung der besten deutschen Handelsinteressen würde aber nicht bloß da eintreten, wo die materiellen Sonderinteressen Oestreichs mit ins Spiel kommen, sondern würde noch in ein anderes Gebiet hinübergreifen. Da wo der Widerstreit der materiellen Interessen aufhören würde, würde die Rivalität zwischen den beiden Großmächten die Rolle des hemmenden Elements übernehmen. Preußen, als dem ersten und bedeutendsten Handels- und Industriestaat des Zollvereins, kommt natürlich von Rechts wegen auch die Initiative in demselben zu; aber Oestreich, als Großmacht mächtiger als Preußen, als Handels- und Industriemacht aber unendlich weniger bedeutend für Deutschland, würde sich mit der zweiten Rolle, die ihm die Natur der Verhältnisse zuweist, nicht begnügen wollen, und die erste nicht übernehmen können, weil, wie schon oben gezeigt ist, ihm alle Bedingungen dazu fehlen. Es muß daher von selbst in die Rolle eines beständigen Opponenten gegen jede von Preußen vorgeschlagene Maßregel fallen, da ja ohnedies die Annahme jeder solchen Maßregel den Einfluß Preußens im Zollverein vermehren und ans Licht stellen, die verhältnismäßige Einflußlosigkeit Oestreichs aber jedermann vor Augen bringen müßte. Es würde sich genau dasselbe wiederholen, was man am deutschen Bund seit seiner Gründung erlebt hat. In ihm halten sich Oestreich und Preußen genau die Wage, und wenn man eine dem Wunsche des deutschen Volkes entsprechende Reform

desselben vornahme, so könnte dadurch Preußens Einfluß nur gesteigert, der Oestreichs nur gemindert werden. Auch die einzige Frage auswärtiger Politik, die der Bund zu lösen hat, liegt so, daß eine Deutschlands Ansprüche günstige Lösung nur Preußens politische Macht vergrößern kann. Die Folge ist, daß sowohl die Reform unterblieben, wie die Frage ungelöst geblieben ist, und daß überhaupt der Bund einer activen Politik unfähig ist. Das ist für ein politisches Institut allerdings ein großer Mangel, aber nicht ein absolut tödtlicher Fehler, — ja, für Deutschland ist es in den Augen vieler deutschen und nichtdeutschen Diplomaten sogar ein großer Vorzug, da dies Vorhandensein einer aller Fähigkeit aggressiven Vorgehens beraubten Macht von 40 Millionen Menschen in der Mitte Europas eine große Garantie des Friedens ist, wenn diese Unfähigkeit für das Selbstgefühl der Bewohner dieses Staatencomplexes auch wenig schmeichelhaft ist. Für ein handelspolitisches Institut aber, wie für einen Zollverein, ist Stillstand gleichbedeutend mit Tod, und wem das Wohl der deutschen Industrie und des deutschen Handels am Herzen liegt, der darf Oestreichs Beitritt zum Zollverein nicht wünschen, bevor Preußen und Oestreich sich nicht offen, ehrlich und bestimmt über den Umfang ihrer beiderseitigen Macht-sphären auseinandergesetzt haben.

Aber da wir nicht glauben, daß es ohne einen äußeren Anstoß sobald zu einer solchen Auseinandersetzung zwischen Preußen und Oestreich kommt, so halten wir die Abwehr der Zollvereinigung mit Oestreich für die erste Nothwendigkeit der deutschen Politik. Der Vortheil des erweiterten Marktes nach Oestreich ist zwar nicht gering anzuschlagen; aber er ist zu theuer erkauft mit der handelspolitischen Erstarrung, in die der neue Verein versinken müßte. Beharren daher die bisherigen Zollvereinsverbündeten Preußens bei ihrer hemmenden Politik, fahren sie fort, den gegenwärtigen Standpunkt bloß als ein Provisorium zu betrachten, das erst durch den Eintritt Oestreichs seinen Abschluß findet, so bleibt Preußen nichts übrig, als den Zollverein zu kündigen, mit seinen norddeutschen Nachbarn einen neuen, auf Freihandelsgrundsätze gegründeten zu stiften, und Sachsen, Darmstadt und die süddeutschen Staaten sich an Oestreich anschließen zu lassen. Allerdings wird dies anfangs der Industrie große Opfer auflegen, denn es werden viele festgeknüpfte Bande zerrissen werden, aber die Industrie wird sich alsdann auf selbstständigen und gesunderen Grundlagen entwickeln, und noch besser als selbst jetzt ebenthätig neben der englischen und französischen auf dem großen Weltmarkt auftreten können. An ihrer Bereitwilligkeit, dem Staatswohl dies Opfer zu bringen, dürfen wir nicht zweifeln, da ihre Koryphäen den Standeseigennutz ihrer Gegnerin, der Ritterschaft, mit Recht oft bitter genug getadelt haben. Es würde dies jedenfalls der kürzeste Weg sein, mit Oestreich zu einer Ausgleichung zu gelangen, doch müßte, um dies Ziel zu erreichen, die preußische Politik mit einer Entschlossenheit auftreten, die sie in den letzten Jahren nur zu oft hat vermiffen lassen.

### Literatur.

Zwei Nordpolarreisen zur Auffuchung Sir John Franklins von Elisha Kent Kane. Deutsch bearbeitet von J. Seybt. Mit zwei Karten.